

Offene Fragen der Geschichte Band 7

Chronik von 1946 bis 1951

Vertreibung der Deutschen
aus Ost-Mitteleuropa,
Hungertod nach dem Zweiten Weltkrieg,
Demontagen und Reparationen,
Entnazifizierung und Umerziehung,
Unerwünschte Vertriebene,
Schwarzmarktzeit,
Marshall-Plan,
Währungsreform 1948,
Gründung der BRD und DDR,
Koreakrieg 1950-1953 ...

Band 7/022

Chronik vom 20. Januar 1949 bis zum 23. Mai 1949

20.01.1949

WBZ: Walter Müller-Bringmann berichtet am 20. Januar 1949 über das Grenzdurchgangslager Friedland (x123/90-96): >>>20. Januar 1949. Der Kopftausch geht weiter. Kopftausch ist der amtliche Ausdruck für den Austausch von vermißten Kindern, die von Ost nach West oder von West nach Ost geleitet werden. Heute kamen 586 Kinder aus dem Osten nach Friedland an und umgekehrt wurden 170 Kinder aus Westdeutschland zu ihren Eltern nach Ostdeutschland geschleust. ...

... Nirgendwo wird die Teilung Deutschlands in zwei Hälften deutlicher sichtbar als hier. Hier, an einer der wenigen Nahtstellen, die es zwischen Osten und Westen noch gibt.

Alle Sanitätswagen, die der Lagerleitung zur Verfügung standen, waren bis zum Schlagbaum beordert worden und hier in Reihe aufgestellt. Auch von "drüben" waren Wagen herangekommen, hielten an der dortigen "Grenze" und dann begannen die Helfer damit, das Gepäck zu übergeben und zu übernehmen.

Das war nicht ganz einfach. Mitten im Niemandsland, genau an der "Grenze", ist ein breiter und tiefer Sperrgraben ausgehoben worden, damit ja niemand auf den Gedanken kommen kann, von einem Teil Deutschlands in den anderen zu fahren. Dieser Graben soll das verhindern. Um aber ganz sicher zu gehen, wurde außerdem noch von sachkundiger Hand ein regelrechter Stacheldrahtverhau gezogen.

... Dann war auch das letzte Bündel übergeben, das letzte Formular überreicht, die letzte Unterschrift geleistet. In den Sanitätswagen hatten es sich die Kinder bereits bequem gemacht. Andere fuhren in Omnibussen. Das Lager nahm sie auf.

In den Kinderbaracken begann es bald lustig und fröhlich zu werden. Bei all dem schweren, daß diese Mädels und Jungen durchmachen mußten, hat ihnen doch die Kindheit geholfen, sich eine gewisse Unbekümmertheit zu bewahren. ...

Nach einiger Zeit, als sich die Freude und die laute Fröhlichkeit legte, Ruhe und eine lastende Stille eintrat, merkte jeder, daß diese Kinder nicht nur unermessliches Leid mit ansehen, sondern auch selbst durchstehen mußten. Körperliche Qualen, seelische Schmerzen. Diese

schlimmen Erlebnisse und Leiden haben ihre Zeichen in den Gesichtern hinterlassen. Dort wurde eingraviert, was es heißt, ohne Vater und ohne Mutter, fern der Heimat, voller Erschütterungen ein kleines Leben, angefüllt mit Sehnsucht nach einer liebenden Hand, zu fristen.

Später wurden alle Kinder noch einmal zur Lagerleitung gerufen. Man fragte sie aus, ob nicht doch eines von ihnen Angaben über andere vermißte Kinder machen konnte. Einzeln traten sie herein. Jedes von ihnen hatte eine große Schnur um den Hals mit einem Pappschild, auf dem der Name geschrieben war. Andere waren mit Erkennungsmarken aus Blech versehen, auf denen Name, Geburtsdatum und manchmal auch die Anschrift der Eltern zu lesen stand. ... Viele Kinder wußten damals nicht mehr als ihren Vornamen. ...

Noch immer warten viele tausend Kinder in Ost und West darauf, zu ihren Eltern zurückkehren zu können. ... Deshalb fragen wir die Kinder auch noch einmal aus. Manchmal bringt eine winzige Angabe den Anstoß zur richtigen Spur. ...

Nach unseren Unterlagen befinden sich noch versprengte Kinder in Jugoslawien, Rumänien, Ungarn, Frankreich, Belgien, Dänemark – um nur einige Länder zu nennen. Das DRK konnte bereits nach dem Kriege 17.000 Kinder wieder den richtigen Eltern zuführen. Ein hartes, aber schönes und segenbringendes Stück Arbeit. Nach den anderen Tausenden, die noch auf den Vater oder die Mutter warten, müssen wir weitersuchen.

Abends waren bereits über 400 Kinder, von DRK-Schwestern begleitet, mit den Zügen unterwegs zu ihren Eltern irgendwo in Westdeutschland. ...

Manches Kind wird allerdings vergeblich auf die Eltern warten. Der Vater liegt vielleicht auf einem Soldatenfriedhof ... Die Mutter ruht an einer der großen Rückzugsstraßen aus dem Osten. ...<<

USA: US-Präsident Truman fordert am 20. Januar 1949 im nordamerikanischen Kongreß ein Hilfsprogramm für die Entwicklungsländer (x272/255-256): >>... Wir müssen ein neues, Kühnes Programm aufstellen, um die Segnungen unserer Wissenschaft und Technik für die Erschließung der unterentwickelten Weltgegenden zu verwenden.

Über die Hälfte der Weltbevölkerung lebt unter ärmlichen, ja elenden Umständen. Ihre Ernährung ist unzureichend, Krankheiten und Epidemien grassieren. Die Wirtschaftsformen sind primitiv und veraltet. Ihre Armut bildet nicht nur für sie selber, sondern auch für die begünstigteren Weltgegenden eine Gefahr.

Zum erstenmal in der Geschichte besitzt heute die Menschheit das Wissen und Können, die Leiden dieser Millionen zu lindern.

Wir müssen es als unsere Aufgabe betrachten, die Bemühungen aller freien Völker zu unterstützen, ihre Lebensmittel-, Textil- und Baumwollproduktion zu steigern und neue Kraftwerke zu bauen. Wir laden alle Staaten ein, unsere und ihre technische Erfahrung für dieses große Unternehmen zusammenzulegen. ...

Der alte Imperialismus – das heißt die Ausbeutung zugunsten ausländischer Geldgeber – hat mit diesem Konzept eines fairen Handelns auf demokratischer Basis nichts zu tun.

Ein konstruktives Programm zur besseren Verwertung der natürlichen Schätze und der Arbeitskraft der Welt wird allen Ländern, auch unserem eigenen, Segen bringen. Die Erfahrung hat gezeigt, daß unser Warenaustausch mit Ländern zunimmt, die sich wirtschaftlich entfalten. Eine größere Erzeugung bildet den Schlüssel zur Wohlfahrt und zum Frieden. Und den Schlüssel zu einer größeren Erzeugung bildet die weltweite intensive Anwendung moderner wissenschaftlicher und technischer Kenntnisse.

Die große Familie der Völker kann nur dann ein menschwürdiges Dasein für alle ihre Glieder sichern, wenn sie den Unglücklichsten unter ihnen hilft, sich selber zu helfen.

Einzig die Demokratie vermag es, den Völkern den Elan und den Aufschwung zu vermitteln, nicht nur über Unterdrücker und Ausbeuter, sondern auch über die uralten Feinde Hunger, Not und Verzweiflung zu triumphieren. ...<<

22.01.1949

Berlin: "Der Tagesspiegel" ruft die Berliner am 22. Januar 1949 zum Widerstand auf (x116/-30): >>OSTBERLINER: Passiver Widerstand ist eure Antwort auf den Stadt-Sowjet. ...

Verweigert die Teilnahme an den Versammlungen und Aufmärschen des kommunistisch regierten "Demokratischen Blocks"; die Unterschriften unter Listen der offenen und getarnten kommunistischen Organisationen wie des "Demokratischen Frauenbundes"; die Mitarbeit in den volkseigenen Betrieben; die Auskünfte der Hausobleute, die euch kontrollieren und denunzieren sollen.

Boycottiert die russisch lizenzierten Zeitungen, die samt und sonders deutschfeindlich sind; die Erzeugnisse der "volkseigenen" Betriebe oder "Treuhand"-Betriebe; die Bücher aus den "Staatsverlagen"; die "Staats"-Theater des illegalen Stadt-Sowjet. ...

WESTBERLINER: Fallt euren Mitbürgern nicht in den Rücken. Unterstützt keine der vom Stadt-Sowjet, von der SED oder einer ihrer Gliederungen kontrollierten Einrichtungen. Beobachtet die Lauen und Schwankenden unter euch. Stellt euch hinter die vom Oberbürgermeister Reuter geleitete Regierung Berlins.

Fordert die Westmark als alleiniges Zahlungsmittel, den wirtschaftlichen und den politischen Anschluß an Westdeutschland, freie Verkehrswege zwischen Berlin und dem Westen, kulturelle Souveränität und intensive Pflege künstlerischen Lebens in Westberlin.<<

24.01.1949

SBZ: Das Politbüro übernimmt am 24. Januar 1949 die Leitung des Zentralkomitees der SED. Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über das "Politbüro" (x009/330-331): >>... Den Weisungen des SED-Politbüros, das die Richtlinien seiner Arbeit vom Präsidium der KPdSU erhält, sind faktisch sowohl die Partei-Apparate der SED als auch sämtliche Massenorganisationen und der Staatsapparat der SBZ unterworfen.

Sitzungen des Politbüros finden in der Regel wöchentlich statt. An wichtigen Sitzungen nimmt der sowjetische Botschafter in Ost-Berlin teil. Das Politbüro wurde im Januar 1949 im Zuge der Angleichung des SED-Apparates an die Struktur der KPdSU gegründet; es übernahm die Funktion des im Juli 1950 auch offiziell aufgelösten Zentralsekretariats. ...

Alle Mitglieder und Kandidaten werden ständig von Angehörigen des Staatssicherheitsdienstes begleitet ("Schatten") und wohnen in einem von Außenwelt hermetisch abgeschlossenen Reservat in Wandlitz bei Berlin.<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über das "Zentralkomitee" (x009/502): >>... Das Zentralkomitee soll mindestens alle 4 Monate tagen.

Gemäß Statut soll das ZK die Vertreter der Partei in den höchsten leitenden Stellen des Staatsapparates und der Wirtschaft bestimmen, die Kandidaten für die Volks- und Länderkammern bestätigen. Es hat das Recht, zwischen den Parteitagen "Parteikonferenzen" einzuberufen.

Die eigentliche Parteiführung und politische Macht liegen jedoch nicht bei diesem, lediglich vorliegende Beschlüsse annehmenden, repräsentativen erweiterten Vorstand, sondern in den Händen des Politbüros, des Sekretariats und der nicht gewählten Abteilungsleiter und Mitarbeiter des ZK. ...<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über das "Sekretariat des ZK der SED" (x009/391): >>... Nach dem Modell des Sekretariats der KPdSU hat Ulbricht als 1. Sekretär die Befugnisse des Sekretariats des ZK weit über die statutenmäßig festgelegten Aufgaben erweitert.

Den Mitgliedern des Sekretariats des ZK unterstehen die einzelnen Fachabteilungen des ZK. Über sie sowie über die Büros der SED-Bezirks- und Kreisleitungen lenkt und kontrolliert das Sekretariat des ZK den gesamten Parteiapparat und die Parteiorganisation der SED. Es gibt keinen staatlichen kulturellen, wirtschaftlichen und sozialen Bereich, der nicht vom Sekretari-

at des ZK beaufsichtigt und angeleitet wird.

Im Gegensatz zur KPdSU ist jedoch die oberste Entscheidungsinstanz der SBZ das Politbüro, dem sämtliche Mitglieder des Sekretariats als Mitglieder oder Kandidaten angehören. ...<<

27.01.1949

Berlin: Walter Ulbricht erklärt am 27. Januar 1949 während der ersten Parteikonferenz der SED (x112/656): >>... Wir betrachten Berlin nicht etwa als eine Stadt oder als ein Land der Ostzone, sondern Berlin heißt die Hauptstadt Deutschlands.

Wir haben deshalb auch nicht die Absicht, Berlin in die Ostzone einzugliedern.<<

SBZ: In Leipzig beginnt am 27. Januar 1949 die sog "Literarische Reform der Leihbüchereien" (x112/656-657): >>... Da der ideologische Klärungsprozeß in unserer Zone gewaltige Fortschritte gemacht hat und mehr und mehr auch zur Stärkung eines neuen kulturellen Bewußtseins führte, ist es an der Zeit, auch im Hinblick auf das vorhandene Unterhaltungsschrifttum neue Maßstäbe anzulegen.

Die Leipziger Leihbuchhändler beschließen deshalb in ihrer heutigen Fachversammlung einstimmig, zunächst sämtliche noch vorhandene Bücher nachfolgender Autoren aus den Buchbeständen zu entfernen und zu vernichten:

Eufemia von Adlersfeld-Ballestrem, Friede Birkner, Walter Bloem, Hedwig Courths- Mahler, Natalie von Eschstruth, Rudolf Herzog, F. Lehne (Helene Butenschön), E. Marlitt (Eugenie John), Anny von Panhuys, Gert Rothberg (Gertrud Jähne), Friedrich von Schlicht (Wolf Graf von Baudissin), Rudolf Stratz, Anny Wothe (Anny Mahn).

Eine Ausleihe dieser Bücher erfolgt ab sofort nicht mehr.<<

29.01.1949

WBZ: Der deutsche Jurist und SPD-Politiker Heinrich Troeger (1901-1975) berichtet am 29. Januar 1949 in seinem Tagebuch (x112/658): >>Wenn ich mir die Entwicklung im Osten und Westen Deutschlands überlege: hier Marshall-Plan, Westeuropa-Union, Zoll- und Wirtschaftsgemeinschaft, Ruhrstatut, Bonner Verfassung, Lastenausgleich, Steuerentwicklung usw. usw., dort Deutsche Wirtschaftskommission, SED-Herrschaft, Russifizierung der Wirtschaft und des Menschen usw., dann komme ich zu dem Ergebnis, daß – jedenfalls zur Zeit – weder die Westmächte noch Rußland im Grunde die Einheit Deutschlands wollen, daß nur beide nicht darüber sprechen. ...

So habe ich die Befürchtung, daß sich der augenblickliche Zustand festigt und verewigt: wir Deutschen sind nur Objekte der Außenpolitik, die Einheit Deutschlands wird sich niemand etwas kosten lassen, wenn man sich mit der Teilung billiger verständigen kann.<<

31.01.1949

WBZ: Konrad Adenauer schreibt am 31. Januar 1949 (x095/86): >>... Was uns am bittersten nottut, das ist eine westdeutsche Regierung. Bei den Zuständen, wie sie in der Ostzone herrschen, völlig Sowjetisierung, schrankenlose Herrschaft der SED und der Russen, Aufstellung einer stark bewaffneten Polizeimacht mit sowjetrussischer und SED-Tendenz, ist an eine Wiedervereinigung aller Zonen einstweilen nicht zu denken.

Eine westdeutsche Bundesregierung ist aber absolut notwendig, damit die 3 Westzonen bei der europäischen Entwicklung sowie beim Ruhrstatut mitsprechen können. Wir stehen im Parlamentarischen Rat kurz vor der Beendigung des Schaffung eines Grundgesetzes, der ersten Voraussetzung für das Inslebenrufen einer westdeutschen Bundesregierung. ...<<

Das bayerische Landesgrenzpolizeikommissariat Marktredwitz berichtet am 31. Januar 1949 über die Flüchtlingsbewegung bzw. den Abschub von Sudetendeutschen nach Bayern vom 18.12.48 bis 23.1.49 (x005/541-542): >>1. Die illegalen Grenzübertritte durch sudetendeutsche Flüchtlinge aus der CSR im Gebiet Neuhausen - Wildenau haben in der vorgenannten Zeit einen starken Rückgang erfahren.

In der Berichtszeit waren nur 338 illegale Grenzübertritte durch Sudetendeutsche zu verzeich-

nen. Dies bedeutet einen Rückgang gegenüber Vorberichten um 55 %. Der Hauptgrund hierfür dürfte in den ungünstigen Witterungsverhältnissen zu suchen sein.

Einzelne Transporte wurden wieder wie früher durch deutsche Mittelsmänner an die Grenze gebracht, von tschechischen Finanzbeamten abgefertigt und an verschiedenen Stellen über die Grenze abgeschoben. Es handelte sich hierbei durchwegs um kleinere Transporte.

Am 21.1.49 erschien bei Neuhausen ein Transport von 15 Sudetendeutschen. Dieser wurde von einem Deutschen namens V. organisiert. Die Personen kamen aus dem Aussiedlungslager Eger/CSR, und nach ihren Aussagen sollen in nächster Zeit weitere Transporte aus diesem Lager in Bayern eintreffen. Für die Transportkosten mußten pro Person 300,- Kc entrichtet werden.

In der Berichtszeit überschritten im Stellenbereich Waidhaus wieder 79 sudetendeutsche Flüchtlinge in Gruppen bis zu 12 Personen illegal die grüne Grenze. Hierbei handelte es sich weniger um organisierte Transporte, sondern lediglich um kleine Gruppen, die der langwierigen Aussiedlung über das Aussiedlungslager Domazlice (Taus/CSR) nach Furth im Wald entgegen wollten.

Ein Hauptgrund für diese Personen zur illegalen Überschreitung der Grenze ist immer wieder die Möglichkeit der Mitführung von größeren Gepäckstücken, während bei der legalen Aussiedlung nur Gepäck bis zu einem Gewicht von angeblich 30 kg mitgenommen werden kann.<<

Januar 1949

WBZ: In der britischen und nordamerikanischen Besatzungszone werden im Januar 1949 täglich 1.779 Kalorien zugeteilt (x117/31).

03.02.1949

Berlin: Das Präsidium des Deutschen Volksrates der sowjetischen Zone berichtet am 3. Februar 1949 über die drohende Zerstückelung Deutschlands (x112/660): >>... Wir stehen in unserem Kampfe nicht allein. Die mächtige Sowjetunion, die Völker Ost- und Südosteuropas, die fortschrittlichen Parteien Westeuropas unterstützen unsere Forderungen in Wort und Tat.<<

05.02.1949

Berlin: Walter Ulbricht fordert am 5. Februar 1949 während einer Konferenz der Hennecke-Aktivistinnen (x112/661): >>... Die Überschreitung der technisch begründeten Normen durch bessere Arbeitsorganisation, durch das Rechnen mit jeder Minute, durch die größte Sorgfalt in der Arbeit. ...

Organisation des Wettbewerbs, Entfaltung der Hennecke-Bewegung zu Massenwettbewerben aller Werktätigen. Organisierung der Produktionsberatungen, Verbesserung der Qualität der Produktion, Einsparung von Material. ...

Breiteste Anwendung des Leistungslohnes, offene Stellungnahme gegen die Gleichmacherei.<<

09.02.1949

SBZ: Die Deutsche Wirtschaftskommission (DWK) ordnet am 9. Februar 1949 die Einführung von Planungs-, Materialversorgungs- und Statistikabteilungen an (x112/663): >>Bei den Räten der kreisfreien Städte und Landkreise sind Abteilungen "Planung, Materialversorgung und Statistik" zu bilden. Der Leiter der Abteilung untersteht dem Oberbürgermeister bzw. Landrat. ...

(Sie haben) die Erstellung und Durchführung der volkswirtschaftlichen Pläne zu gewährleisten, die Verteilung der Kreiskontingente nach den Weisungen der Hauptabteilung Materialversorgung durchzuführen, durch systematische Überwachung der Bedarfsanforderungen eine reale Bedarfsermittlung zu garantieren und unverhältnismäßig hohe Bestände und widerrechtlich beschaffte Materialien im Einvernehmen mit dem zuständigen Kontingenträger umzu-

disponieren, die volkswirtschaftlichen Pläne abzurechnen.<<

12.02.1949

WBZ: Rund 1.000 Juden, ehemalige Häftlinge des Konzentrationslagers Bergen-Belsen, wandern am 12. Februar 1949 nach Israel aus.

13.02.1949

Rumänien: Nach längeren Verhandlungen wird am 13. Februar 1949 das "Deutsche antifaschistische Komitee für Rumänien" oder, wie es später genannt wird, das "Antifaschistische Komitee der deutschen Werktätigen in Rumänien" gegründet (x007/101E).

23.02.1949

WBZ: Der CDU-Politiker Jakob Kaiser (1888-1961) erklärt am 23. Februar 1949 vor der Presse (x112/667): >>1. Die französischen und britischen Besatzungstruppen sollen sofort zurückgezogen werden.

2. Die amerikanischen und russischen Truppen sollen sich umgehend aus Mitteldeutschland zurückziehen. Diese Einheiten sollen an die West- bzw. Ostgrenze Deutschlands verlagert werden.

3. Während der Übergangszeit sollen sowohl die West- als auch die Ostmark ihre Gültigkeit beibehalten.

4. Berlin soll als Viermächte-Stadt verwaltet werden, wobei jede Macht dort geringe Truppenbestände belassen soll.

5. Eine deutsche Zentralregierung soll ihre Funktionen in Berlin so bald als möglich aufnehmen.<<

26.02.1949

SBZ: Das "Leipziger Börsenblatt" berichtet am 26. Februar 1949 anlässlich des 50. Geburtstages des deutschen Schriftstellers Erich Kästner (x112/668): >>... Er weicht nicht aus und deckt die soziale, politische und menschliche Problematik mit respektloser Offenheit auf. In einem Panoptikum seiner Zeit marschieren die Typen auf: der Bankier und Generaldirektor, die Aktionäre und Hochstapler, die Fememörder und Industrie-Strauchritter, die sadistischen Sergeanten und blutrünstigen Generäle, die Barfräuleins und fetten Genießergestalten, die verlogenen Pauker und die bedauernswerten Primaner in Uniform.

Er wird zu einem literarischen George Grosz und kratzt die ganze kapitalistische Kulturtünche ab, die Heldenmystik, Parlamentarierphrasen und nationalistische Kraftprotzerei.<<

WBZ: Im Verlauf der letzten Sitzung des CDU-Zonenausschusses (in Königswinter) erklärt Konrad Adenauer am 26. Februar 1949 zur bevorstehenden Wahl des ersten Deutschen Bundestages (x112/667): >>Für uns folgt jetzt als erste Forderung – wie wir sie verwirklichen sollen, das ist mir noch nicht klar -, daß wir in irgendeiner Form dafür sorgen, daß die CDU/CSU in den drei Zonen, und wenn Berlin genehmigt wird, einschließlich Berlin als eine Partei erscheinen. ...

Wenn bei der Wahl zum Bundestag eine sozialdemokratisch-kommunistische Mehrheit infolge des Wahlgesetzes, das gestern mit Hilfe der FDP verabschiedet wurde, kommt, dann trägt die Fraktion der FDP in Bonn volle Schuld daran. Sie allein ist dann schuld. ... Das ist die üble Lage für uns.<<

28.02.1949

SBZ: Auf dem 3. LDPD-Parteitag gibt der Parteivorstand am 28. Februar 1949 seine letzten Selbständigkeitsbestrebungen auf und unterwirft sich der SED.

Der deutsche Historiker Wolfgang Leonhard (1921-2014) berichtet später über die SED (x156/67): >>Es war Februar 1949 geworden. Die SED hatte sich immer mehr dem "sowjetischen Vorbild" angeglichen. ... Das Zentralsekretariat der SED wurde aufgelöst. An seine Stelle trat ein Politbüro, bestehend aus 9 Mitgliedern, darunter 6 ehemaligen KP-Spitzenfunktionären und 3 ehemaligen Sozialdemokraten. Für die laufende Arbeit wurde ein

"kleines Sekretariat" unter dem Vorsitz Ulbrichts geschaffen. Eine zentrale Parteikontrollkommission unter Vorsitz von Hermann Matern folgte.

All das lief unter der Losung der Entwicklung zu einer "Partei neuen Typs" – es war aber nichts anderes als die weitere Angleichung der SED an die stalinistische Partei der Sowjetunion.

Den kommunistischen Parteien Westeuropas blieb auch das letzte nicht erspart. Die Parteiführer wurden Ende Februar 1949 angehalten, öffentlich zu erklären, daß die kommunistischen Parteien im Falle einer militärischen Auseinandersetzung die sowjetischen Truppen unterstützen würden. ... Damit wurde der letzte Anschein einer Unabhängigkeit aufgegeben. Die Partei erklärte sich offen zum Hilfsverband der Sowjetarmee.<<

Berlin: Die Berliner Wechselstuben zahlen am 28. Februar 1949 für 1 DM (West) = 4,10 DM (Ost).

WBZ: Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges wird am 28. Februar 1949 in Köln erstmalig wieder ein Rosenmontagszug veranstaltet.

Die beliebtesten Karnevalsschlager sind damals (x112/669): >>... In Münster: "Westfalenland, Westfalenland ist wieder außer Rand und Band ...";

in Köln: "Wer soll das bezahlen? ..." von Jupp Schmitz;

in Düsseldorf ist der Schlager der Saison: "Du darfst mich lieben für drei tolle Tage, du mußt mich küssen, das ist deine Pflicht! Du kannst mir alles, alles Schöne sagen. Nur nach dem Namen frag mich bitte, bitte nicht" von Hans-Ludwig Lonsdorfer. Der Volksmund nennt diesen Schlager damals "Alimentenlied".<<

Februar 1949

SBZ: Der ehemalige Leiter eines Beerdigungskommandos des sowjetischen Internierungslagers Sachsenhausen berichtet im Februar 1949 (x026/97): >>Im Februar 1949 entstand in der Kommandantur erhebliche Aufregung, der Grund dafür sprach sich schnell herum, der Nachrichtendienst im Lager funktionierte stets prompt und schnell: Internierte hatten einige der Pappschilder gefunden, die man den Toten an die Beine band und die beim Transport zum Friedhof verlorengegangen waren.

Es kam der Befehl, die Toten ohne diese Schilder zu beerdigen, um jede Möglichkeit der Zählung zu verschleiern. Nichts fürchtete man damals russischerseits mehr als ein Bekanntwerden der Totenzahl außerhalb des Lagers.

Aber die Zahlen waren bekannt. Es waren inzwischen in Sachsenhausen 19.000 beerdigt worden, besser eingescharrt. Das Lager ist bis 1950 praktisch zweimal ausgestorben! Auf dem Friedhof war es verboten, irgendwelche Blumen zu pflanzen. Auch die Hügel der Toten, die nach Zuschütten der Toten ca. 50 cm hoch waren, durften nicht neu aufgeschüttet werden. Es sollte nach Möglichkeit alles schnell dem Erdboden gleichgemacht werden. ...<<

01.03.1949

SBZ: Otto Grotewohl (1945 Vorsitzender der SPD in der SBZ, von 1946-54 SED-Vorsitzender) berichtet am 1. März 1949 in der Zeitschrift "Einheit" über die SED (x112/669): >>... (Die Partei habe) die Verstärkung des Studiums der Geschichte der Kommunistischen Partei der Sowjetunion ... zu einer besonderen Aufgabe unserer Schulungsarbeit gemacht. ...

Unsere Mitglieder haben erkannt, daß eine demokratische Entwicklung Deutschlands nur im engsten Anschluß an die Sowjetunion möglich ist. Im Leninismus erblicken wir den unverfälschten Marxismus ...

Wir haben in der Parteidiskussion die Theorie des "besonderen deutschen Weges zum Sozialismus" zerschlagen, die ... auch antisowjetischen und nationalistischen Tendenzen Vorschub leistete.<<

15.03.1949

WBZ: US-Militärgouverneur General Clay gibt am 15. März 1949 bekannt, daß die "negative

Phase der US-Besatzungspolitik in Deutschland" beendet und eine "konstruktive Politik" begonnen werden soll (x112/673).

31.03.1949

SBZ: Nach offiziellen Angaben der Umsiedlerämter halten sich am 31. März 1949 insgesamt 4.442.318 - davon sind 1.874.736 männliche und 2.567.582 weibliche Vertriebene - in der SBZ auf (x009/131).

Von 1945 bis 1949 sind bereits rund 500.000 bis 600.000 deutsche Flüchtlinge und Vertriebene in das Gebiet der späteren BRD abgewandert.

März 1949

WBZ: In der britischen und nordamerikanischen Besatzungszone werden im März 1949 täglich 1.843 Kalorien zugeteilt.

04.04.1949

USA: In Washington wird am 4. April 1949 die NATO gegründet.

10 europäische Staaten schließen mit den USA und Kanada den Nordatlantikpakt.



Abb. 77 (x296/168): Flagge der NATO

In der Präambel der NATO (North Atlantic Treaty Organization) heißt es (x243/220): >>Die vertragsschließenden Staaten ... sind entschlossen, die Freiheit, ... gegründet auf die Prinzipien der Demokratie, auf die Freiheit des einzelnen und die Grundsätze des Rechts, sicherzustellen, ... die Stabilität und Wohlfahrt im nordatlantischen Gebiet zu fördern, ... ihre Bemühungen um eine gemeinsame Verteidigung und um die Erhaltung von Frieden und Sicherheit zu vereinen. ...<<

In diesem Nordatlantikpakt vom 4. April 1949 heißt es z.B. (x301/154-155):

>>Artikel 1: Die Parteien verpflichten sich, in Übereinstimmung mit der Satzung der Vereinten Nationen jeden internationalen Streitfall, an dem sie beteiligt sind, auf friedlichem Wege so zu regeln, daß der internationale Friede, die Sicherheit und die Gerechtigkeit nicht gefährdet werden, und sich in ihren internationalen Beziehungen jeder Gewaltandrohung oder Gewaltanwendung zu enthalten, die mit den Zielen der Vereinten Nationen nicht vereinbar sind.

...

Artikel 5: Die Parteien vereinbaren, daß ein bewaffneter Angriff gegen eine oder mehrere von ihnen in Europa oder Nordamerika als ein Angriff gegen sie alle angesehen werden wird; sie vereinbaren daher, daß im Falle eines solchen bewaffneten Angriffs jede von ihnen in Aus-

übung des in Artikel 51 der Satzung der Vereinten Nationen anerkannten Rechts der individuellen oder kollektiven Selbstverteidigung der Partei oder der Parteien, die angegriffen werden, Beistand leistet, indem jede von ihnen unverzüglich für sich und im Zusammenwirken mit den anderen Parteien die Maßnahmen, einschließlich der Anwendung von Waffengewalt trifft, die sie für erforderlich erachtet, um die Sicherheit des nordatlantischen Gebietes wiederherzustellen oder zu erhalten. ...<<

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schreibt später über die Gründung der NATO (x068/272-275): >>... Das amerikanische Wesen ist das Geld: der Inbegriff des Yankee-Daseins. Natürlich erfaßt dies nicht alles, aber das Wichtigste. ...

Für ihre ungeheure Aufrüstung hatten die Amerikaner militärische, mehr jedoch wirtschaftliche Gründe. Deshalb traten auch viele jener, die das Geschwätz von der Gefahr aus dem Osten keinen Augenblick glaubten, für Aufrüstung und Nato ein.

Derart konnte enorm verdient werden und wurde enorm verdient. Und gerade nach dem Verlust Chinas benötigte man Europa auch als Absatzmarkt. Der Verlust des chinesischen Reichs aber seit der Flucht Tschiang Kai-scheks samt seiner unfähig-korrupten Regierung 1949 nach Formosa (Taiwan), seit dem Sieg Mao Tse-tungs hatte die Öffentlichkeit in den USA nahezu unvorbereitet überrascht. Und er war um so größer, als nun nicht nur jeder amerikanische Einfluß in China ausschied, sondern auch im gesamten pazifischen Raum gefährdet schien.

In Europa aber begann jetzt nach dessen militärischer Eroberung die friedliche. Ein US-Konzern nach dem anderen investierte in den zuvor zerbombten und zerschossenen Städten. Und die Rechnung, daß eine im Krieg ruinierte Wirtschaft schneller wächst als eine, die den Krieg so glänzend überstand, erwies sich als richtig, zumal auch die US-Banken von Anfang an mitspielten, deren Politik in Europa war: alte Investitionen retten, neue vornehmen. Ja, das Bankhaus Dillon, Read, setzte so sehr auf die Rentabilität seiner Anlagen im Nachkriegsdeutschland, daß es deutschen Industriebossen noch vor Kriegsende eine Privatanleihe von einer Milliarde Dollar anbot.

Man gründete Filialen, baute Fabriken, erwarb Aktienmajoritäten. Man nahm Fusionen vor, kaufte ganze Betriebe, kaufte Bergwerke und Banken. Die Sache nahm einen ähnlichen Verlauf wie das frühere Vorgehen in Lateinamerika.

Die Beherrschung der Alten Welt durch die Neue begann. Man schuf hundertweise Tochter- und Beteiligungsgesellschaften. Man überzog Westeuropa mit einem Netz wirtschaftlicher Einfluß- und Machtsphären, und alles geschah mit einem Tempo ohnegleichen. Ganze Branchen, die Mineralöl-, die Büromaschinen-, Landmaschinen-, die Kosmetikindustrie u.a. wurden von US-Firmen beherrscht. Selbst im kleinen Holland gab es schon im März 1960 nicht weniger als 105 Filialen der größten amerikanischen Gesellschaften. Noch in der Schweiz, deren Binnenmarkt für die US-Haie gewöhnlich nicht sehr attraktiv ist, existierten 1960 immerhin 320 amerikanische Firmen, 1961 etwa 400, 1962 schon 520.

Die US-Investitionen in Europa erreichten bereits Ende der fünfziger Jahre eine so Schwindel erregende Höhe, daß die Amerikaner den Plan der EWG, dies durch einen Kongreß in Baden-Baden ans Licht zu bringen, erfolgreich in Bonn hintertrieben. Die New York Times bezifferte gleichwohl nach ihren mehrfach geprüften Angaben am 15. April 1963 die Gesamtanlagen der USA in Europa auf 44,8 Milliarden Dollar oder 179,2 Milliarden DM. Davon entfielen 64 Millionen DM auf militärische Investitionen.

Nicht nur die niedrigen Löhne lockten die Yankees. Auch die Regierungen hofierten die Sieger. In Holland durften amerikanische Firmen Grundstücke, Gebäude und Betriebseinrichtungen in den ersten zwei Jahren mit 70 % abschreiben, innerhalb von drei Jahren den Rest von 30 %. Sie konnten Grund und Boden zur Hälfte des Realwertes erwerben. Luxembourg gab den Grund für Betriebsbauten sogar umsonst. Nicht genug. Seine Regierung ließ Firmenge-

bäude auf eigene Kosten errichten, um sie den Amerikanern erst günstig zu vermieten, schließlich günstig zu überlassen.

Ähnlich großzügig kam Italien den Siegern entgegen. Oder die deutsche Bundesrepublik, wo bereits 1963 nicht weniger als 700 deutsche Firmen von US-Firmen kontrolliert worden sind. Deutsche Neugründungen wurden mehr als riskant bis unmöglich. Im Vorstand, in der Verwaltung so mancher US-Tochtergesellschaft in Deutschland sprach man schon damals englisch. War Stalins Erklärung, daß zwischen Nazideutschland und den anderen kapitalistischen Staaten nur ein "vorübergehender politischer" Dissens bestand, so falsch?

Die US-Anlagen in Europa, besonders im EWG-Bereich, nahmen Ende der fünfziger Jahre schon einen solchen Umfang an, daß die klassischen US-Investitionsländer Kanada und Lateinamerika dagegen abfielen. Die amerikanischen Wirtschaftsführer empfanden Europa fast als Kolonie oder, wie einer von ihnen 1958 auf einem Kongreß in Washington sagte, als "ganz speziellen Schluck für unsere Kehlen" (our particular cup of tea).

Einst war's eher umgekehrt.

Die USA sind bis in die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts hinein in vielen Ländern Europas weder sehr bekannt noch sehr angesehen gewesen. Man kannte sie kaum besser als China, Südafrika oder Australien. Und bis ins 20. Jahrhundert hinein dachte man über sie in Europa fast ausnahmslos negativ, dachte darüber wie der berühmte englische Romancier D.H. Lawrence, der lange in New Mexico gelebt hatte: "Die Neue Welt bedeutet mir nichts".

Es ist bezeichnend, daß es bis zum Zweiten Weltkrieg in ganz Europa nur drei Lehrstühle für Amerikakunde gab. Offenbar hatte man für US-Wertvorstellungen in der Alten Welt noch gar keinen Sinn entwickelt, kannte man die Höhe der Zivilisation in Übersee überhaupt nicht. Als dann aber die Massen der GIs über den großen Teich schwappten, "Camel" und "Lucky Strike" kamen, der Jazz und Rock und Pop, Giftgas und Atomsprenköpfe, kurz alles, was die Neue Welt der Alten an Kultur zu bieten hatte, da ließ sie sich rasch vom Sieger eines anderen und natürlich besseren belehren.

Da beurteilte man plötzlich die USA fast ausnahmslos positiv. Zumal in Deutschland war man servil, devot, fast wie in einem Bananenstaat. Und wie man eben noch Hitler in den Hintern kroch, so nun den Amis. Die Politiker voran. "Wir alle sind Amerikaner", rief ein sozialdemokratischer Bundeskanzler schließlich beim Empfang des Ehrendoktorhutes in Übersee.

Alles nahm man nach dem Zweiten Weltkrieg hier mit ausgestreckten Händen auf, alles von drüben, Soldaten, Bankiers, Fabrikanten, die Anleihen, Kredite, sogar ihre mildtätigen Spenden.<<

08.04.1949

WBZ: Die französische Zone schließt sich am 8. April 1949 mit der Bizone zur Trizone zusammen.

USA: Die Außenminister Acheson (USA), Bevin (England) und Schuman (Frankreich) beschließen am 8. April 1949 während einer Konferenz in Washington (vom 5. bis zum 8. April 1949) ein Besatzungsstatut für Westdeutschland und die Einsetzung einer Alliierten Hohen Kommission (Ersatz für den seit März 1948 entscheidungsunfähigen Alliierten Kontrollrat).

Im Besatzungsstatut für die Bundesrepublik Deutschland heißt es (x156/71-72, x101/200-201): >>In Ausübung der obersten Gewalt, die bei den Regierungen Frankreichs, der Vereinigten Staaten und des Vereinigten Königreichs verbleibt, erlassen wir ... hierdurch gemeinsam das folgende Besatzungsstatut:

I. Während des Zeitraumes, in dem die Besatzung noch fort dauern muß, wünschen und beabsichtigen die Regierungen Frankreichs, der Vereinigten Staaten und des Vereinigten Königreichs, daß dem deutschen Volke Selbstregierung in dem höchstmöglichen Maße, das mit dieser Besatzung vereinbar ist, zuteil werden soll. Der Bundesstaat und die an ihm beteiligten Länder sollen, lediglich durch die Bestimmungen dieses Statuts beschränkt, die volle gesetz-

gebende vollziehende und rechtsprechende Gewalt gemäß dem Grundgesetz bzw. ihren Verfassungen haben.

II. Um die Verwirklichung der grundlegenden Besatzungszwecke sicherzustellen, bleiben Sonderbefugnisse, einschließlich des Rechts, die von den Besatzungsbehörden benötigten Auskünfte und statistischen Angaben anzufordern und zu prüfen, auf folgenden Gebieten vorbehalten:

- a) Abrüstung und Entmilitarisierung einschließlich der damit zusammenhängenden naturwissenschaftlichen Forschungsgebiete, der Verbote und Beschränkungen für die Industrie und zivile Luftfahrt,
- b) Kontrollmaßnahmen hinsichtlich der Ruhr, Rückerstattungen, Reparationen, Dekartellisierung, Entflechtung, Diskriminierung im Geschäftsverkehr, ausländische Vermögenswerte in Deutschland und vermögensrechtliche Ansprüche gegen Deutschland,
- c) auswärtige Angelegenheiten, einschließlich völkerrechtlicher Abkommen, die von Deutschland oder mit Wirkung für Deutschland abgeschlossen werden,
- d) Verschleppte und die Zulassung von Flüchtlingen,
- e) Schutz, Ansehen und Sicherheit der alliierten Streitkräfte, Familienangehörigen, Arbeitnehmern und Vertreter, ihrer Immunitätsrechte, sowie die Deckung der Besatzungskosten und ihrer sonstigen Bedürfnisse,
- f) Beachtung des Grundgesetzes und der Landesverfassungen,
- g) Kontrolle über Außenhandel und Devisenwirtschaft,
- h) Kontrolle über innenpolitische Maßnahmen, jedoch nur in dem Mindestmaß, das notwendig ist, um eine Verwendung von Geldern, Nahrungsmitteln und anderen Gütern in der Weise zu gewährleisten, daß die Notwendigkeit ausländischer Unterstützung für Deutschland auf ein Mindestmaß herabgesetzt wird,
- i) Kontrolle der Verwahrung und Behandlung derjenigen Personen in deutschen Gefängnissen, die vor den Gerichten der Besatzungsmächten oder Besatzungsbehörden angeklagt oder von ihnen verurteilt worden sind, sowie Kontrolle über die Vollstreckung der gegen sie verhängten Strafen und über Fragen ihrer Amnestierung, Begnadigung und Freilassung.

III. Die Regierungen Frankreichs, der Vereinigten Staaten und des Vereinigten Königreichs hoffen und erwarten, daß die Besatzungsbehörden keine Veranlassung haben werden, auf anderen Gebieten als den oben besonders vorbehaltenen Maßnahmen zu treffen.

Die Besatzungsbehörden behalten sich jedoch das Recht vor, auf Anweisung ihrer Regierung die Ausübung der vollen Regierungsgewalt ganz oder teilweise wiederaufzunehmen, wenn sie der Ansicht sind, daß dies aus Sicherheitsgründen oder zur Aufrechterhaltung der demokratischen Regierungsform in Deutschland oder in Verfolg (Fortgang) der internationalen Verpflichtungen ihrer Regierungen unumgänglich ist.

Bevor sie dies tun, werden sie die zuständigen deutschen Behörden von ihrem Entschluß und seinen Gründen offiziell unterrichten. ...<<

>>... V. Jede Änderung des Grundgesetzes bedarf vor Inkrafttreten der ausdrücklichen Genehmigung der Besatzungsbehörden. Länderverfassungen, Änderungen dieser Verfassungen, sowie alle anderen Gesetze und alle Abkommen, die zwischen der Bundesregierung und auswärtigen Regierungen getroffen werden, treten 21 Tage nach ihrem amtlichen Eingang bei den Besatzungsbehörden in Kraft, falls sie nicht vorher vorläufig oder endgültig beanstandet worden sind. ...

IX. Nach 12 Monaten, mindestens aber innerhalb von 18 Monaten nach Inkrafttreten dieses Status werden die Besatzungsbehörden eine Überprüfung seiner Bestimmungen unter Berücksichtigung der bei seiner Anwendung gemachten Erfahrungen vornehmen mit dem Ziel, die Zuständigkeit der deutschen Behörden auf dem Gebiet der Gesetzgebung, Verwaltung und Rechtsprechung zu erweitern.<<

Das "neue Besatzungsstatut" tritt am 21. September 1949 in Kraft. Dieses Besatzungsstatut reduziert zwar die geplanten Demontagen, aber die Souveränität der "neuen" Bundesrepublik Deutschland wird durch die große Autorität der westlichen Besatzungsmächte bis zum 4. Mai 1955 erheblich eingeschränkt. Die Oberaufsicht der Alliierten über Reparationen, Entmilitarisierung, Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland und die Ruhrkontrolle ändert sich damals jedenfalls noch nicht.

09.04.1949

WBZ: Die Aufhebung des Koalitionsverbotes für die deutschen Vertriebenen-Organisationen führt am 9. April 1949 zur Gründung des "Zentralverbandes vertriebener Deutscher".

Nach langen Verhandlungen schließen sich die Landesverbände der Vertriebenen in Frankfurt zum "Zentralverband vertriebener Deutscher" (ZvD) zusammen. 1. Vorsitzende wird Dr. Hans Lukaschek, der später von Dr. Linus Kather abgelöst wird.

11.04.1949

WBZ: Ein US-Militärgericht fällt am 11. April 1949 in Nürnberg die Urteile gegen den ehemaligen deutschen Außenminister und Leiter der "Geschäftsführenden Reichsregierung" Johann Ludwig (Lutz) Graf von Schwerin von Krosigk sowie Staatssekretär Weizsäcker und 19 weitere hohe Beamte des Auswärtigen Amtes ("Wilhelmstraßen-Prozeß").

Der deutsche Oberstaatsanwalt Alfred Streim (1932-1996) schreibt später über den "Wilhelmstraßen-Prozeß" (x051/645-646): >>Wilhelmstraßen-Prozeß, Verfahren vor dem Militärgerichtshof V der USA gegen den Staatssekretär im Auswärtigen Amt (in der Berliner Wilhelmstraße) Weizsäcker und 20 andere; größter und letzter der Nürnberger Prozesse (Fall 11).

Von den 21 Angeklagten waren 18 Minister und hohe Beamte der Zivilverwaltung des Dritten Reiches. Sie wurden beschuldigt, Verbrechen gegen den Frieden, Kriegsverbrechen – u.a. Mitschuld am Lynchen abgesprungener Flieger und der Ermordung und Mißhandlung von Kriegsgefangenen –, Verbrechen gegen die Menschlichkeit – namentlich gegen die Zivilbevölkerung in den besetzten Gebieten – begangen zu haben und Mitglieder einer verbrecherischen Organisation gewesen zu sein.

Durch Urteil vom 11.4.49 wurden 19 Angeklagte teilweise unter Freisprechung von Anklagepunkten zu Freiheitsstrafen zwischen drei Jahren zehn Monaten und 25 Jahren verurteilt und zwei Angeklagte freigesprochen.

Durch Berichtigungsbeschluß vom 12.12.49 wurden die Strafen von drei Verurteilten, u.a. die für Weizsäcker, von jeweils sieben auf fünf Jahre herabgesetzt. Soweit die Verurteilten die Strafen noch nicht verbüßt hatten, milderte sie US-Hochkommissar McCloy am 31.1.51 im Gnadenweg.<<

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über Johann Ludwig (Lutz) Graf von Schwerin von Krosigk (x051/532): >>>Schwerin von Krosigk, Johann Ludwig (Lutz) Graf von (Titel 1925 durch Adoption erhalten), geboren in Rathmannsdorf (Anhalt) 22.8.1887, gestorben in Essen 4. März 1977, deutscher Politiker, Studium der Rechts- und Staatswissenschaften, im Ersten Weltkrieg Offizier, 1920 Regierungsrat in der Friedensvertragsabteilung im Reichsfinanzministerium, 1929 als Ministerialdirigent Leiter der Etatabteilung.

Der renommierte Finanzexperte erhielt als Parteiloser am 2.6.32 im "Kabinett der Barone" unter Papen das Finanzressort und behielt es auch unter Schleicher und Hitler bis zum Zusammenbruch 1945, obwohl er nicht der NSDAP beitrug. Politisch profilierte er sich nie, pflegte einerseits Verbindungen zu Widerstandskreisen und protestierte andererseits nicht gegen die nationalsozialistische Judenverfolgung. Ohne seine geschickte Amtsführung wäre auch die Finanzierung der Aufrüstung erheblich schwieriger gewesen.

Bei Kriegsende wurde er in der Regierung Dönitz unter Vermeidung der Bezeichnung Reichskanzler Leiter der "Geschäftsführenden Reichsregierung unter Führung der Geschäfte des Reichsaußen- und Reichsfinanzministeriums".

Nach der Verhaftung am 23.5.45 interniert, wurde Schwerin von Krosigk im Wilhelmstraßen-Prozeß am 11.4.49 zu zehn Jahren Haft verurteilt, aber schon im Januar 51 entlassen.

Seine Erinnerungsbücher über die Zeit des Dritten Reiches zeichnen sich durch genaue Porträts der handelnden Personen aus (u.a. "Es geschah in Deutschland", 1951).<<

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über Ernst Freiherr von Weizsäcker (x051/630): >>Weizsäcker, Ernst Freiherr von, geboren in Stuttgart 12.5.1882, gestorben in Lindau 4.8.1951, deutscher Diplomat; 1933-36 Geschäftsträger in der Schweiz, 1936 Leiter der Politischen Abteilung im Auswärtigen Amt, 1938 Staatssekretär unter Ribbentrop.

Als Nationalkonservativer stand Weizsäcker einerseits der nationalsozialistischen Politik distanziert gegenüber, als pflichtbewußter Beamter sorgte er andererseits für deren Durchsetzung. Weizsäcker unterhielt Kontakte zum Widerstand und ließ 1938 dem britischen Außenminister Halifax eine Warnung vor dem bevorstehenden Angriff auf die Tschechoslowakei und den geplanten Kriegsbeginn zukommen, in der Hoffnung, Schlimmeres zu verhüten. Dennoch zeichnete er später offensichtliche "Unrechtsbefehle" ab und nahm den Ehrenrang eines SS-Führers wohl nicht nur aus "dekorativen Gründen" (Weizsäcker) an.

1947 wurde Weizsäcker, der in den letzten beiden Kriegsjahren als Botschafter beim Vatikan diente, von den Alliierten verhaftet und als Hauptangeklagter im Wilhelmstraßen-Prozeß zu sieben Jahren Haft verurteilt, 1950 vorzeitig begnadigt.

In seinen Memoiren ("Erinnerungen", 1950) versuchte er, sein Verhalten im Dritten Reich zu rechtfertigen.<<

12.04.1949

WBZ: Die westdeutschen Ministerpräsidenten akzeptieren am 12. April 1949 das Besatzungsstatut der westlichen Siegermächte.

16.04.1949

WBZ: Walter Müller-Bringmann berichtet am 16. April 1949 über das Grenzdurchgangslager Friedland (x123/97-98): >>16. April 1949. Transporte deutscher Kriegsgefangener aus Rußland treffen wieder ein. Alle Zurückgekommenen freuen sich sehr.

Der Frühling liegt in der Luft, er streift auch Friedland. ...

Für manchen ist es sicherlich nicht das letzte Barackenlager. Die Frau oder die Eltern hausen irgendwo als Flüchtlinge am Rande einer Großstadt, sind vielleicht immer noch in einem der Durchgangslager und warten vergeblich seit Jahren auf eine richtige und ausreichende Wohnung. ...<<

22.04.1949

SBZ: Am 22. April 1949 fordert der SED-Parteivorstand "eine systematische Aufklärung der deutschen Öffentlichkeit".

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Aufklärung" in der SBZ (x009/43-44): >>Aufklärung: a) Im Parteijargon jede Art von Propaganda, vor allem seitens der SED, der anderen Parteien, der Massenorganisationen und der Nationalen Front. ... Sehr häufig wird die Formel "Aufklärungsarbeit" gebraucht.

b) Erkundungs- und Spionagetätigkeit der Sicherheitsorgane außerhalb ihres Machtbereiches, vornehmlich in der Bundesrepublik und in West-Berlin. Diese Aufklärung obliegt überwiegend dem Staatssicherheitsdienst; sie ist zentralisiert in der "Hauptverwaltung A" des Ministeriums für Staatssicherheit. Daneben hat die Deutsche Grenzpolizei eine "Abteilung Aufklärung" (Koordinierung, Ministerium für Nationale Verteidigung).<<

WBZ: Das "Ruhrstatut" tritt am 22. April 1949 in Kraft.

Die Kohlen-, Koks- und Stahlproduktion des Ruhrgebietes wird damals einer internationalen Kontrollbehörde unterstellt (x101/19).

In diesem "Ruhrstatut" vom 22. April 1949 heißt es (x243/177): >>... Da die internationale Sicherheit und die allgemeine wirtschaftliche Gesundung erfordern, daß die Hilfsquellen der

Ruhr ... nicht für Angriffszwecke verwendet werden, sondern im Interesse des Friedens ("errichten Belgien, Frankreich, Luxemburg, die Niederlande, Großbritannien und die USA) eine internationale Behörde für die Ruhr ... (zur) Aufteilung der Kohle, des Kokes und des Stahls.

...

Sobald eine deutsche Regierung errichtet worden ist, kann sie dem vorliegenden Abkommen beitreten. ...<<

25.04.1949

WBZ: US-Militärgouverneur General Clay gibt am 25. April 1949 bekannt, daß der künftige westdeutsche Staat "Bundesrepublik Deutschland" heißen wird.

30.04.1949

WBZ: Der deutsche Journalist Walter von Cube (1906-1984) berichtet am 30. April 1949 während eines Rundfunkkommentars über den Freispruch im Veit Harlan-Prozeß (x112/690):

>>... Jeder Tag des Dritten Reiches kostete 1.370 Juden das Leben.

Wie müssen die, die übriggeblieben sind, den Satz der Urteilsbegründung aufnehmen, die moralische Beleidigung, die der Film allenfalls darstelle, sei verjährt?

Wie müssen sie über jene Zweihundert denken, die den Freigesprochenen mit Jubel überschütteten und auf den Schultern aus dem Gerichtssaal trugen?

Lange genug sind Recht und Menschlichkeit Vokabeln gewesen, die man im Wörterbuch anderer Nationen nachschlagen mußte.

Die Parteien, die Gewerkschaften, die Kirchen sollten, wie es Zehntausende von einzelnen Menschen taten, durch ihren Protest gegen das Urteil beweisen, daß Recht und Menschlichkeit wieder deutsche Worte geworden sind.<<

Walter Müller-Bringmann berichtet über das Grenzdurchgangslager Friedland (x123/98-100):

>>Ende April 1949 ... traf wieder ein Transport mit Kriegsgefangenen ein, darunter (waren) viele Frauen, die vor allem aus Ostpreußen stammten. ...

Es ist wichtig für die Frauen, daß sie sich so schnell wie möglich an unser Leben hier in den Städten und Dörfern gewöhnen.

Deshalb schicken wir sie an den Nachmittagen nach Göttingen. Dort sehen sie Geschäfte, Autos, gut angezogene Menschen. ...

... Alle wollen wieder schnellstens "Frauen" werden, fühlen sich in den empfangenen Kleidern wie neugeboren, versuchen sich zurecht zu machen und verfallen damit nicht der Grübeleien und der Schwermut ...

Man muß beobachtet haben, um zu ermessen, was diesen Frauen in den russischen Steppenlagern fehlte. Wonach sie sich sehnten. Wie (sie sich freuten), ... als man sich vor dem Gang in die Stadt "landfein" machte, die Haare wusch, Kämmen in Bewegung setzte, Schuhe putzte, hier ein Kleid veränderte, dort eine Bluse auftrennte, um sie passend zu machen.

Ach, und der Spiegel, dieses wichtige Instrument, eigens für Frauen geschaffen. Er war immer umlagert. Es ist schön zu sehen, wie Menschen wieder zu Menschen werden.

Keiner spricht mit Haß von den schlimmen Dingen, die hinter ihnen liegen. Es ist erstaunlich, wie sie von dem sprechen, was doch unvergeßlich in ihren Seelen eingepreßt ist. Nicht eine von den Frauen redet sich mit heftigen Worten das vom Herzen, was sich da seit Jahren angesammelt hat.

Sie sind wieder daheim. Friedland – das ist für die Frauen bereits die Vorstufe des zu Hause. Sie wollen sich wieder dem Leben zuwenden, sich erholen, der Familie widmen – und vergessen. ...

Denn mit einem zu Stein gewordenen Herzen, mit Augen, die nur immer das Viereck des Stacheldrahts, die Maschinengewehrtürme und die abgekehrten Gesichter vor und in den Baracken sehen; mit Ohren, in denen die sowjetischen Kommandos, die antreibenden Rufe der Vorarbeiter und Aufseher ... am Abend auf den Pritschen widerklingen und Gedanken, die fort-

während um die Appelle auf dem Lagerplatz, den schweren Stunden in Krankheit und Not oder der immer wieder gestellten Frage kreisen: "Warum muß ich das erleiden?", kann man nicht leben.

Ein neues Leben muß angefangen werden. Sofort. Ohne Zögern. ... Männer können sich nicht so schnell umstellen. Es fällt ihnen schwerer.<<

April 1949

China: Im April 1949 dringen die kommunistischen Truppen über den Jangtse vor.

Chiang Kai-shek flieht später nach Formosa (heute Taiwan).

07.05.1949

SBZ: Das "Leipziger Börsenblatt" fordert am 7. Mai 1949 intensivere "politische Öffentlichkeitsmaßnahmen" des Buchhandels (x112/694): >>Das politische Schaufenster, (das wir schon so oft forderten!) ist Verteidigung des Friedens, ist Kampf für den Frieden. Die Anklage gegen die neuen Bücherverbrenner ist Verteidigung des Friedens und Kampf für ihn.

Es genügt nicht, den Frieden zu preisen. ... Es genügt nicht, Bücher zu verkaufen! Die politische Demonstration für den Frieden ist heute – mehr denn je – keine bloß optische Darbietung, sondern ein Kampfmittel – dessen sollten sich alle Buchhändler bewußt sein. ...<<

08.05.1949

Berlin: Im Treptower Park wird am 8. Mai 1949 nach 3jähriger Bauzeit ein riesiges Ehren-
denkmal für die Gefallenen der Roten Armee eingeweiht.

WBZ: Der Parlamentarische Rat stimmt am 8. Mai 1949 dem Grundgesetz zu (53 Abgeordnete stimmen mit "Ja", während 12 Abgeordnete der CSU, des Zentrums, der Deutschen Partei und der KPD mit "Nein" stimmen).

Konrad Adenauer (Präsident des Parlamentarischen Rates) erklärt nach dieser Schlußabstimmung am 8. Mai 1949 (x112/694): >>Wir wünschen die Einheit Deutschlands, wir wünschen sie von ganzem Herzen und von ganzer Seele.

Wir wünschen ein freies Deutschland, in dem der deutsche Mensch ein menschenwürdiges Leben führen kann wie jeder andere europäische Mensch. ...

Wir wünschen auch die Rückkehr der Ausgetriebenen, und wir wünschen schließlich auch, daß man ... über die Grenzziehung im Osten spricht und über die Oder-Neiße-Linie, so wie wir es nach göttlichem und menschlichem Recht verlangen können. ...<<

Der deutsche Historiker Hubertus Prinz zu Löwenstein (1906-1984) schreibt später über die völkerrechtliche Bedeutung des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland (x063/605):

>>... Unbestritten ist heute, daß durch die militärische Kapitulation und durch die Besetzung des gesamten Staatsgebietes das Deutsche Reich als Staat, als Subjekt des Völkerrechts, nicht zu bestehen aufgehört hat. Es trat nur eine zeitweilige Handlungsunfähigkeit ein.

Diese Handlungsfähigkeit wurde wieder hergestellt, als am 8. Mai 1949 das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland vom Parlamentarischen Rat verabschiedet und am 23. Mai in Kraft gesetzt wurde. Es kann demnach das Wort von Gerhard Anschütz, verwandt für das Deutsche Reich von 1871 und 1919, ... erneut zitiert werden: "Das neue und das alte Reich stehen nicht im Verhältnis der Rechtsnachfolge, sondern dem der Identität."<<

09.05.1949

Berlin: Marschall Wassili Tschuikow (1900-1982, 1949-52, Oberkommandierender der sowjetischen Truppen in der SBZ) ordnet am 9. Mai 1949 für den 12. Mai, 00.01 Uhr, die Aufhebung der Berliner Blockade sowie die Öffnung der Verkehrswege von und nach Berlin an (x112/695).

10.05.1949

WBZ: Der Parlamentarische Rat entscheidet sich am 10. Mai 1949 mit 33 gegen 29 Stimmen für Bonn als vorläufigen Regierungssitz.

11.05.1949

WBZ: Die bayerische Landesgrenzpolizeidirektion berichtet am 11. Mai 1949 über den Abschub von Sudetendeutschen nach Bayern (x005/542-543): >>Die Flüchtlingsbewegung der Volksdeutschen aus der CSR ist im Bereich des Grenzpolizeikommissariats Marktredwitz wieder erheblich im Ansteigen begriffen.

Während in den Monaten Februar und März 1949 noch 468 bzw. 590 illegale Grenzübertritte durch volksdeutsche Flüchtlinge erfolgten, erhöhte sich die Zahl im Monat April 1949 bereits wieder auf 839. Alle bisherigen Anzeichen deuten auf eine weitere Zunahme der Grenzübertritte hin.

Nach Aussagen der Volksdeutschen ist in absehbarer Zeit etwa mit 30.000 Flüchtlingen zu rechnen, die illegal in die US-Zone einwandern werden.

Am 22.4.49, als wieder eine Gruppe von 67 sudetendeutschen Flüchtlingen durch die SNB über die Grenze abgeschoben wurde, rief ein tschechischer Beamter dem hinzukommenden bayerischen Grenzpolizeibeamten zu, daß in der nächsten Woche etwa 500 bis 700 Deutsche kämen und die bayerischen Behörden daher für den nötigen Wohnraum Sorge tragen möchten. Den Schwerpunkt der Flüchtlingsbewegung bilden wieder die Postenbereiche Neuhausen und Wildenau.

Die Flüchtlinge kommen aus den verschiedensten Landstrichen der CSR und werden, in Sammeltransporten zusammengefaßt, wie bisher fast ausschließlich aus dem Ascher Bezirk über die Grenze nach Bayern abgeschoben. Die Transporte sind stets von SNB begleitet. Im Raum Waidhaus werden laufend kleinere Gruppen von volksdeutschen Gruppen in Transporten an die Grenze herangeschafft und über diese abgeschoben. Für die Unternehmer sind diese Transporte nach wie vor ein sehr einträgliches Geschäft, da pro Person von 500-3.000 Kc und pro Familie bis zu 5.000 Kc zu entrichten sind.

Bis auf wenige Ausnahmen sind die Flüchtlinge ohne jegliche Zuzugsgenehmigung. Demnach werden tschechischerseits die getroffenen Abmachungen, wonach die Aussiedlung jeder volksdeutschen Person aus der CSR vorher der Genehmigung des Permit-Officers in Prag durch Erteilung des Entry-Permits bedarf, völlig außer Acht gelassen.

Der Großteil der Flüchtlinge war bisher entweder auf Meierhöfen oder an ihren Wohnsitzen bei den einzelnen Bauern zur landwirtschaftlichen Arbeit eingesetzt. Wegen der angeblich immer schlechter werdenden Arbeitsbedingungen für Volksdeutsche und aus Angst vor der drohenden Verschleppung in das Landesinnere bzw. einer Aussiedlung in die russische Zone haben die Flüchtlinge ihre beschleunigte Auswanderung aus der CSR in die US-Zone betrieben. Unter den Flüchtlingen befinden sich auch Familien, deren Väter langjährige Freiheitsstrafen in der CSR abzubüßen haben.<<

12.05.1949

Berlin: Die Berliner Blockade (Beginn: 24. Juni 1948) wird am 12. Mai 1949 beendet.

Für rund 277.000 Flüge mußten die Nordamerikaner ca. 1,5 Milliarden DM, die Briten ca. 200 Millionen DM und die Deutschen ca. 150 Millionen DM aufwenden (x063/631).

WBZ: Die westlichen Militärgouverneure, General B. H. Robertson (britische Zone), General Pierre Koenig (französische Zone), General Lucius D. Clay (nordamerikanische Zone), genehmigen am 12. Mai 1949 das Grundgesetz und verkünden gleichzeitig das Besatzungsstatut für die Bundesrepublik Deutschland (x101/198-199):

>>Herrn Dr. Konrad Adenauer

Präsident des Parlamentarischen Rates

Bonn

Sehr geehrter Herr Dr. Adenauer!

1. Das am 8. Mai vom Parlamentarischen Rat angenommene Grundgesetz ist hier mit beacht-

lichem Interesse zur Kenntnis genommen worden. Nach unserer Auffassung verbindet es sehr glücklich deutsche demokratische Überlieferung mit den Begriffen repräsentativer Regierung und einer Herrschaft des Rechts, wie sie in der Welt als Erfordernis für das Leben eines freien Volkes anerkannt worden sind.

2. Indem wir diese Verfassung zwecks Ratifizierung durch das deutsche Volk in Übereinstimmung mit den Bestimmungen des Artikels 144 (1) genehmigen, nehmen wir an, daß Sie verstehen werden, wenn wir verschiedene Vorbehalte machen müssen.

In erster Linie sind die Vollmachten, die dem Bund durch das Grundgesetz übertragen werden sowie die Machtbefugnisse, die die Länder und örtlichen Regierungsstellen ausüben, den Vorschriften des Besatzungsstatuts unterworfen, das wir Ihnen schon übermittelt haben und das mit dem heutigen Datum verkündet wird.

3. Zweitens versteht es sich, daß die Polizeibefugnisse, wie sie in Artikel 91 (2) enthalten sind, nicht ausgeübt werden dürfen, bis sie von den Besatzungsbehörden ausdrücklich gebilligt sind. ...

9. Wir möchten es auch klar verstanden wissen, daß nach Zusammentritt der gesetzgebenden Körperschaften, die das Grundgesetz vorsieht und nachdem entsprechend dem im Grundgesetz festgelegten Verfahren die Wahl des Präsidenten sowie die Wahl und Ernennung des Kanzlers bzw. der Bundesminister erfolgt sind, die Regierung der Bundesrepublik Deutschland konstituiert ist und das Besatzungsstatut daraufhin in Kraft tritt. ...<<

Der Frankfurter Oberbürgermeister Walter Kolb (1902-1956) erklärt am 12. Mai 1949 zur "Hauptstadtentscheidung" des Parlamentarischen Rates (x112/696): >>... Soviel Freude wir über das heute erreichte Ende der Blockade der Berliner empfinden, so sehr hat uns das Ergebnis der Abstimmung in Bonn (10. Mai) in der Frage des vorläufigen Sitzes der Bundesorgane geschmerzt.<<

In der "Rhein-Neckar-Zeitung" schreibt am 12. Mai 1949 ein Kritiker über die "Hauptstadtentscheidung" des Parlamentarischen Rates (x112/696): >>... Ich habe immer auf Bonn getippt, weil es das Dümme war.<<

14.05.1949

WBZ: Dr. Kurt Schumacher (1895-1952, von 1946-52 SPD-Vorsitzender) schreibt am 14. Mai 1949 im "Neuen Vorwärts" (x112/699): >>... Wir wollen die Einheit, aber es gibt keine Einheit ohne Freiheit. Die Einheit kann nur verwirklicht werden, wenn die Freiheit sich in der persönlichen Sicherheit, in der Bewegungsfreiheit der politischen Parteien in der Ostzone und in freien demokratischen Wahlen bereits manifestiert hat.<<

16.05.1949

WBZ: Konrad Adenauer schreibt am 16. Mai 1949 (x095/88-89): >>... Die Blockade Berlins ist zwar aufgehoben, aber es besteht alles andere als freier Verkehr mit Berlin. Der Verkehr mit Berlin ist denselben Schwierigkeiten unterworfen, die im März 1948 bestanden haben. Zur Aufhebung der Blockade am 12. Mai war ich mit einer Anzahl von Mitgliedern des Parlamentarischen Rates in Berlin.

Die Freude der Berliner war sehr groß. Aber eine gewisse Enttäuschung zeigte sich doch bei allen Einsichtigen. Sie hatten geglaubt, es würden alle Verkehrsbeschränkungen wegfallen. Der gesundheitliche Zustand der Berliner Bevölkerung ist verhältnismäßig gut. Aber die Leute sehen doch sehr schlecht aus und sind auch sehr schlecht gekleidet. Alles in allem genommen sind die Verhältnisse dort so, wie bei uns vor etwa 2 Jahren waren. Das gleiche gilt auch in wirtschaftlicher Hinsicht.

Wir haben im Hinblick auf die Pariser Konferenz die Arbeiten im Parlamentarischen Rat zum Schluß außerordentlich beschleunigt und das Grundgesetz für die drei Westzonen nach sehr anstrengenden Wochen am 8. Mai verabschiedet, und zwar gegen die Stimmen des Zentrums, einiger Mitglieder der CSU, der Deutschen Partei und der Kommunisten. Es findet nunmehr

in den Landtagen die vorgesehene Abstimmung statt. Möglicherweise wird der Bayerische Landtag dagegen stimmen.

Aber da das Grundgesetz für alle 11 Länder der drei Zonen gilt, wenn es in 2/3 der Länder angenommen ist, ist es ohne Zweifel, daß es demnächst geltendes Recht wird. Am 23. Mai, dem Tage des Beginns der Pariser Konferenz wird der Parlamentarische Rat in einer feierlichen Schlußsitzung die Annahme durch die Landtage feststellen und das Grundgesetz verkünden. Dann beginnt die Vorbereitung zu den Bundestagswahlen, die von entscheidendster Bedeutung sein werden.

Wenn irgend möglich, sollten die Wahlen noch im Laufe des Juli abgehalten werden, damit die deutsche Bundesregierung noch im Laufe des Sommers ihre Arbeit aufnehmen kann.

Das Besatzungsstatut ist in der Zwischenzeit auch verkündet worden. Es bedeutet einen sehr wesentlichen Fortschritt gegenüber dem jetzigen Zustand.

Bonn ist einstweilen Sitz des Bundes. Die Sozialdemokratie stimmte geschlossen für Frankfurt. Ich freue mich, daß Bonn Sitz des Bundes wird. ...<<

20.05.1949

WBZ: Das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland wird am 20. Mai 1949 durch den bayerischen Landtag mit 101:64 Stimmen abgelehnt. 9 Abgeordnete enthalten sich der Stimmabgabe_(x112/701).

23.05.1949

BRD: Der Parlamentarische Rat stellt am 23. Mai 1949 in einer öffentlichen Sitzung fest, daß das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland vom 16. bis 22. Mai 1949 durch die Volksvertretungen von mehr als zwei Dritteln der beteiligten westdeutschen Länder (Ausnahme: Bayern) angenommen und damit die Bundesrepublik Deutschland gemäß Artikel 144 GG als parlamentarischer Staat gegründet worden sei.

Eine Volksabstimmung über die Annahme des Grundgesetzes erfolgt damals nicht, so daß das Grundgesetz am 23. Mai 1949 ohne die direkte demokratische Beteiligung des deutschen Volkes in Kraft tritt.



Abb. 78 (x090/309): Gründung der Bundesrepublik Deutschland durch das von den Länderparlamenten ratifizierte Grundgesetz in Bonn am 23. Mai 1949.

Wahrscheinlich war es kein Zufall, daß das Grundgesetz am 23. Mai 1949 in Kraft trat, denn am 23. Mai 1945 wurde die "Geschäftsführende Zentralregierung des Deutschen Reiches"

völkerrechtswidrig abgesetzt, verhaftet und "als Kriegsgefangene" inhaftiert. Sämtliche Mitglieder der letzten deutschen Reichsregierung und des Oberkommandos der Wehrmacht, die sogenannte "Dönitz-Clique", wurden am 23. Mai 1945 auf Weisung General Eisenhowers in Flensburg-Mürwik verhaftet und "als Kriegsgefangene" inhaftiert.

Konrad Adenauer (Präsident des Parlamentarischen Rates) erklärt am 23. Mai 1949 (x112/703): >>... Wir sind der festen Überzeugung, daß wir durch unsere Arbeit einen wesentlichen Beitrag zur Wiedervereinigung des ganzen deutschen Volkes und auch zur Rückkehr unserer Kriegsgefangenen und Verschleppten leisten.

Wir wünschen und hoffen, daß bald der Tag kommen möge, an dem das ganze deutsche Volk unter dieser Fahne wieder vereint sein wird.

Uns alle leitete bei unserer Arbeit der Gedanke und das Ziel, das die Präambel des Grundgesetzes in folgenden Worten zusammenfaßt:

Im Bewußtsein seiner Verantwortung vor Gott und den Menschen, von dem Willen beseelt, seine nationale und staatliche Einheit zu wahren und als gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt zu dienen, hat das deutsche Volk in den Ländern Baden, Bayern, Bremen, Hamburg, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein, Württemberg-Baden und Württemberg-Hohenzollern, um dem staatlichen Leben für eine Übergangszeit eine neue Ordnung zu geben, kraft seiner verfassungsgebenden Gewalt dieses Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland beschlossen.

Möge allezeit der Geist und der Wille, der aus diesen Sätzen spricht, im deutschen Volk lebendig sein.<<

Im Grundgesetz wird ausdrücklich darauf hingewiesen, daß die Bevölkerung der 3 westlichen Besatzungszonen für Gesamtdeutschland gehandelt hat (x105/306): >>... (Es hat) auch für jene Deutschen gehandelt, denen mitzuwirken versagt war. Das gesamte Deutsche Volk bleibt aufgefordert, in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden.<<

Das deutsche Grundgesetz, in dem zahlreiche "Sonderwünsche" (Forderungen) der Westmächte berücksichtigt werden müssen, soll im Hinblick auf Mittel- und Ostdeutschland nur für "eine Übergangszeit" gelten. Es wird deshalb auf einen Volksentscheid verzichtet.

Die Grundrechte werden an den Anfang gestellt. Sie sollen die Freiheit des Staatsbürgers schützen und unabänderlich sein. Um ein gefestigtes Staatswesen zu gewährleisten, wird die deutsche Verfassung von 1919 in einigen Punkten geändert. Das Volksbegehren und die direkte Wahl des Staatsoberhauptes durch das Volk werden z.B. abgeschafft.

Die ständigen Verfassungsorgane der Bundesrepublik Deutschland sind:

Der Deutsche Bundestag als Versammlung der vom Volk gewählten Abgeordneten, der Bundesrat als Vertretung der Länderregierungen, der Bundespräsident, die Bundesregierung und das Bundesverfassungsgericht.

Die Bundesregierung besteht aus dem Bundeskanzler und den Bundesministern. Die Richtlinien der Politik bestimmt und verantwortet der Bundeskanzler.

Die Gemeinde-, Kreis-, Länder- und Bundeswahlen werden im Grundgesetz nicht eindeutig festgelegt, so daß in den folgenden Jahren ständig neue Wahlgesetze beschlossen werden, die naturgemäß den größeren Parteien Vorteile verschaffen. Das Wahlgesetz vom 25. Juni 1953 schaltet später alle kleineren "Splitterparteien" aus, wenn sie bei den Wahlen nicht mindestens 5 % aller abgegebenen Wählerstimmen oder die meisten Wählerstimmen in einem Wahlbezirk erzielen.

Nach den leidvollen Erfahrungen des NS-Terrors wird im deutschen Grundgesetz (Artikel 20 Abs. 4) ausdrücklich ein Widerstandsrecht verankert. Das Widerstandsrecht besteht danach gegen jeden (auch gegen die öffentliche Gewalt), der die verfassungsmäßige Ordnung zu beiseitigen versucht. Dieses Widerstandsrecht kann durch keine Verfassungsänderung aufgehoben

ben werden.

Die Präambel (feierliche Einleitung) des Grundgesetzes lautet (x067/226): >>Im Bewußtsein seiner Verantwortung vor Gott und den Menschen, von dem Willen beseelt, seine nationale und staatliche Einheit zu wahren und als gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt zu dienen, hat das deutsche Volk in den Ländern Baden, Bayern, Bremen, Hamburg, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein, Württemberg-Baden und Württemberg-Hohenzollern, um dem staatlichen Leben für eine Übergangszeit eine neue Ordnung zu geben, kraft seiner verfassungsgebenden Gewalt dieses Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland beschlossen.

Es hat auch für jene Deutschen gehandelt, denen mitzuwirken versagt war. Das gesamte deutsche Volk bleibt aufgefordert, in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden.<<

Das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland wird damals nicht aufgrund des Selbstbestimmungsrechtes des deutschen Volkes erlassen, wie es in der Präambel heißt, sondern das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland wird formalrechtlich infolge eines gemeinsamen Aktes der Militärgouverneure der drei Westmächte - als oberste Befehlshaber und Inhaber der obersten Gewalt in ihren Besatzungszonen - in Kraft gesetzt.

Der SPD-Abgeordnete Carlo Schmid (einer der "Väter" des deutschen Grundgesetzes) schreibt damals über den letzten Satz der Präambel (x024/226-227): >>Dieser letzte Satz der Präambel ist ein unverjährender Auftrag, dem sich alle deutsche Politik zu unterwerfen hat. Das Grundgesetz hat es also ausdrücklich vermieden, irgend etwas aufzunehmen, aus dem der Schluß gezogen werden könnte, es sei von einer eigenen westdeutschen Staatsnation ausgegangen.<<

Der deutsche Historiker Hermann Graml schreibt später über das "Wiedervereinigungsgebot" in der Präambel des Grundgesetzes (x073/233-234): >>Es existierte doch immer noch ein ungebrochenes Nationalgefühl ...

Die Vorstellung, die Nation könne dauernd oder auch nur längere Zeit getrennt bleiben, erschien unter dem Einfluß des Bewußtseins der Zusammengehörigkeit nach wie vor nahezu allen Westdeutschen nicht allein als unerträglich, sondern als absurd.

Daher wurde die Bundesrepublik, obwohl und weil ihre Gründung, die Spaltung der Nation gerade so recht sichtbar gemacht hatte, notwendigerweise – auch von der Regierung und ihrem Kanzler – als Provisorium verstanden, ihre Wiedervereinigung mit der vorerst draußen gebliebenen SBZ zu einem mit Selbstverständlichkeit proklamierten Ziel deutscher Politik.<<

Der deutsche Historiker Hubertus Prinz zu Löwenstein (1906-1984) schreibt später über die Unterzeichnung des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland (x063/634): >>Obgleich sich die tatsächliche Wirksamkeit des Grundgesetzes auf die ehemaligen 3 westlichen Besatzungszonen, die nunmehrige Bundesrepublik Deutschland beschränkte, so wurde doch in der Präambel gesagt, das Deutsche Volk in den, namentlich aufgeführten, Bundesländern habe "auch für jene Deutschen gehandelt, denen mitzuwirken versagt war".

Das Grundgesetz und die Bundesrepublik sind ein Provisorium. Gemäß Artikel 146 verliert jenes seine Gültigkeit an dem Tage, da eine vom gesamten deutschen Volke frei beschlossene Verfassung in Kraft tritt. Darin ist der bindende und unabdingbare Auftrag enthalten, sowohl die Freiheit der Entscheidung zu bewahren als auch niemals das Ziel der Wiedervereinigung, gemäß demokratischen Grundsätzen und Menschenrechten, preiszugeben. ...<<